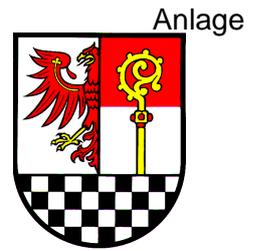


Landkreis Teltow-Fläming
Rettungsdienst Eigenbetrieb



Jahresabschluss 2007
Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming
zum 31.12.2007

A K T I V A

	31.12.2007		31.12.2006
	EUR	EUR	TEUR
<u>A. Anlagevermögen</u>			
<u>Sachanlagen</u>			
1. Grundstücke und Bauten	405.163,07		436
2. Technische Anlagen	255.059,16		316
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	767.138,25		753
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>676.721,42</u>		<u>161</u>
		2.104.081,90	1.666
<u>B. Umlaufvermögen</u>			
<u>I. Vorräte</u>			
Medikamente und Medizinisches Verbrauchsmaterial		84.000,00	84
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	909.645,52		842
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.308,78</u>		<u>117</u>
		911.954,30	959
<u>III. Guthaben bei Kreditinstituten</u>		<u>893.326,49</u>	<u>2.116</u>
		<u>1.889.280,79</u>	<u>3.159</u>
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>		0,00	6
		<u>3.993.362,69</u>	<u>4.831</u>

P A S S I V A

	31.12.2007		31.12.2006
	EUR	EUR	TEUR
<u>A. Eigenkapital</u>			
<u>I. Rücklagen</u>			
Allgemeine Rücklagen	3.014.000,00		3.014
<u>II. Verlust</u>			
Verlust des Vorjahres	285.681,64		264
Jahresverlust	<u>173.969,66</u>		<u>22</u>
		2.554.348,70	2.728
<u>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</u>		50.291,00	62
<u>C. Rückstellungen</u>			
Sonstige Rückstellungen		557.010,00	1.224
<u>D. Verbindlichkeiten</u>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	587.822,22		601
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 12.662,83 (i.Vj.: TEUR 13)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	149.254,42		105
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 149.254,42 (i.Vj.: TEUR 105)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber Landkreis Teltow-Fläming	87.754,88		86
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 87.754,88 (i.Vj.: TEUR 86)			
4. Sonstige Verbindlichkeiten	6.881,47		25
a) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 6.881,47 (i.Vj.: TEUR 9)			
b) aus Steuern: EUR 6.881,47 (i.Vj.: TEUR 7)			
c) im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (i.Vj.: TEUR 0)			
		831.712,99	817
		<u>3.993.362,69</u>	<u>4.831</u>

Rettungsdienst Eigenbetrieb
Landkreis Teltow-Fläming,
Luckenwalde

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2007

	<u>EUR</u>	01.01. - 31.12.2007 <u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>2006</u> <u>TEUR</u>
Umsatzerlöse		5.932.752,70		6.112
Sonstige betriebliche Erträge		<u>341.931,71</u>	6.274.684,41	<u>360</u> 6.472
Materialaufwand				
a) Medizinisches Verbrauchsmaterial	173.936,08			165
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	<u>4.684.014,55</u>			<u>4.637</u>
		4.857.950,63		4.802
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	649.551,79			641
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung davon für Altersversorgung: Euro 62.320,96 (i. Vj.: TEUR 42)	<u>185.597,19</u>			<u>180</u>
		835.148,98		821
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		436.774,89		387
Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>928.954,71</u>	7.058.829,21	<u>905</u> 6.915
			<u>-784.144,80</u>	<u>-443</u>
Zinsen und ähnliche Erträge			31.341,36	35
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			<u>23.372,22</u>	<u>1</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-776.175,66	-409
Erträge aus Kostendeckungsausgleich			602.206,00	388
Aufwand aus Kostendeckungsausgleich			<u>0,00</u>	<u>0</u>
<u>Jahresverlust</u>			<u>173.969,66</u>	<u>21</u>
<u>nachrichtlich</u>				
Behandlung des Jahresverlustes (im Vorjahr Gewinn)				
a) auf neue Rechnung vorzutragen			173.969,66	22

Anhang

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den Vorschriften der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (EigV) vom 27. März 1995. Aufgrund des § 22 Absatz 1, Satz 2 EigV finden die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften gemäß § 267 Absatz 3 HGB entsprechende Anwendung, soweit sich aus der EigV nichts anderes ergibt.

Durch die Betriebssatzung des Eigenbetriebes wurde kein Stammkapital festgesetzt. Unter Beachtung des § 265 Abs. 8 HGB wurde auf den Ausweis der Position Stammkapital verzichtet.

Die Gliederungen sind unverändert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, die entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer angesetzt werden, bilanziert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Abschreibungen nach § 254 HGB aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften wurden nicht in Anspruch genommen.

In Höhe des ständig vorzuhaltenden Bestandes an Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial weist der Jahresabschluss innerhalb der Vorräte einen unveränderten Festwert nach § 240 Abs. 3 HGB aus.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden erkennbare Einzelrisiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Pauschalwertberichtigungen wurden in Höhe von unverändert 3 % gebildet.

Die anteilig mit Zuwendungen finanzierten Sachanlagen werden als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen und entsprechend dem Abschreibungsverlauf aufgelöst.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie wurden in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

III. Angaben zur Bilanz

Zur Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens nach einzelnen Positionen sei auf den beigefügten Anlagennachweis verwiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen nicht.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	01.01.2007 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Einstellung EUR	31.12.2007 EUR
Rückzahlungsverpflichtung					
Krankenkassen	602.206,00	602.206,00	0,00	0,00	0,00
Streitwert Normenkontrollverfahren	352.000,00	0,00	0,00	0,00	352.000,00
Altersteilzeit	193.100,00	72.500,00	0,00	0,00	120.600,00
Mietwagenabrechnung	24.000,00	0,00	0,00	0,00	24.000,00
nicht genommener Urlaub	15.000,00	15.000,00	0,00	10.600,00	10.600,00
Prozeßkosten	14.350,00	0,00	0,00	0,00	14.350,00
Jahresabschlussprüfung	12.000,00	12.000,00	0,00	11.000,00	11.000,00
Brandenburgische Unfallkasse	8.200,00	0,00	0,00	8.000,00	16.200,00
Jahresabschlusserstellung	3.500,00	3.355,80	144,20	4.760,00	4.760,00
Prüfung Hilfsorganisationen	0,00	0,00	0,00	3.500,00	3.500,00
	<u>1.224.356,00</u>	<u>705.061,80</u>	<u>144,20</u>	<u>37.860,00</u>	<u>557.010,00</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen ein Kommunaldarlehen zur Finanzierung des Baus der Rettungswache Jüterbog. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis Dezember 2021. Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren betragen TEUR 519. Das Darlehen ist im Rahmen des genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises durch Haushaltssicherung besichert.

Die anderen Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2007 haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis Teltow-Fläming betreffen Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes aus den üblichen Leistungen des Landkreises.

Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit bestanden zum Stichtag nicht.

Bürgschaften und sonstige Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB bestanden zum Stichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB ergeben sich aus Mietverträgen und Nutzungsvereinbarungen in Höhe von TEUR 802 (Jahresbetrag). Davon TEUR 23 gegenüber dem Landkreis Teltow-Fläming.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse des Eigenbetriebes, die ausschließlich im Landkreis Teltow-Fläming erzielt werden, gliedern sich für den Berichtszeitraum entsprechend der Einsätze (ohne Fehleinsätze) wie folgt auf:

	2007 EUR	2006 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
Rettungstransportwagen	3.902.967,68	3.914.756,45
Krankentransportwagen	366.468,91	396.789,56
Notarzteinsatzfahrzeug	980.078,34	1.057.571,01
Notarztpauschale	672.317,47	731.348,13
Brandabsicherung	10.920,30	11.921,40
	<u>5.932.752,70</u>	<u>6.112.386,55</u>

Die sonstigen betrieblichen Erträge weisen für den Berichtszeitraum Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von TEUR 11 (i. Vj.: TEUR 11) aus. Einstellungen in den Sonderposten erfolgten wie im Vorjahr nicht.

Die periodenfremden Erträge umfassen TEUR 0 (i. Vj.: TEUR 3).

Die im Jahresabschluss ausgewiesenen periodenfremden Aufwendungen in Höhe von TEUR 6 (i. Vj.: TEUR 4) betreffen Mietnebenkostenabrechnungen sowie Ausbildungskosten für den feuerwehrtechnischen Dienst, deren Leistung im Vorjahr erfolgte.

V. Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente bestehen nicht.

Zuständige Organe des Eigenbetriebes sind:

1. Kreistag
2. Kreisausschuss
3. Landrat
4. Werkleitung

Mit der Werkleitung des Eigenbetriebes ist der Leiter des Amtes für Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz, Herr Günther Dübe, betraut.

An Herrn Dübe und an die Mitglieder der zuständigen Organe des Eigenbetriebes wurden im Berichtszeitraum für ihre Tätigkeit in dieser Funktion keine Bezüge gewährt.

Anzahl der Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)

	2007	2006
Angestellte	13	13
Beamte	4	4
	<u>17</u>	<u>17</u>

Luckenwalde, den 27.03.2008

Günther Dübe
Werkleiter, Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming

Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming,
Luckenwalde

Anlagennachweis für das Geschäftsjahr 2007

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte am Ende des WJ 31.12.2007	Restbuchwerte am Anfang des WJ 01.01.2007	Kennzahlen	
	Anfangsbestand 01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand 31.12.2007	Anfangsbestand 01.01.2007	Zugang d.h. Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Abgang	Enstand 31.12.2007			Durchschn. Abschreibungs- satz (%)	Durchschn. Restbuchwert (%)
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.099,20	2.318,12	0,00	0,00	9.417,32	7.099,20	2.318,12	0,00	9.417,32	0,00	0,00	24,62	0,00
Grundstücke und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	582.581,43	0,00	6.901,64	0,00	575.679,79	146.612,79	29.016,90	5.112,97	170.516,72	405.163,07	435.968,64	5,04	70,38
Technische Anlagen	670.493,64	0,00	0,00	0,00	670.493,64	354.345,59	61.088,89	0,00	415.434,48	255.059,16	316.148,05	9,11	38,04
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.937.123,63	230.615,58	192.180,63	139.550,72	2.115.109,30	1.184.566,43	344.350,98	180.946,36	1.347.971,05	767.138,25	752.557,20	16,28	36,27
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	161.335,32	654.936,82	0,00	-139.550,72	676.721,42	0,00	0,00	0,00	0,00	676.721,42	161.335,32		
	3.358.633,22	887.870,52	199.082,27	0,00	4.047.421,47	1.692.624,01	436.774,89	186.059,33	1.943.339,57	2.104.081,90	1.666.009,21	10,79	51,99

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007

A. Geschäftsverlauf

Unverändert zum Vorjahr war der Eigenbetrieb im Geschäftsjahr 2007 mit den Aufgaben des Landkreises nach dem Brandenburgischen Rettungsdienstgesetz betraut.

Wie in den Vorjahren waren mit dem Betrieb der Rettungswachen und der notärztlichen Sicherstellung vertraglich gebundene Leistungserbringer beauftragt.

Die auf den acht Rettungswachen vorgehaltenen Kapazitäten für den qualifizierten Krankentransport wurden an den sinkenden Bedarf an entsprechenden Leistungen angepasst. Dazu wurden insbesondere die Bereitstellungszeiten verkürzt. Die notärztliche Sicherstellung der vier Notarztstandorte erfolgte durch das Evangelische Krankenhaus Ludwigsfelde (Ludwigsfelde, Zossen) und das DRK Krankenhaus Luckenwalde (Luckenwalde, Jüterbog).

Für die Leistungen des Rettungsdienstes wurden Gebühren auf der Grundlage der 2. Änderungssatzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming vom 9. März 2007 erhoben. Diese Änderungssatzung trat rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft.

Aufgrund der Entwicklung der Kosten und Leistungen des Rettungsdienstes sind die Gebührensätze für Leistungen des Rettungsdienstes für das Jahr 2008 neu zu kalkulieren und mit den Kostenträgern erörtert. Die 3. Änderungssatzung wurde durch den Kreistag auf seiner Sitzung im Dezember 2007 mit Wirkung zum 1. Januar 2008 beschlossen.

Im Berichtszeitraum wurde der Geschäftsverlauf durch folgende Rahmenbedingungen beeinflusst:

Krankentransport-Richtlinie

Seitens der Krankenversicherer wurden im Geschäftsjahr auf der Grundlage der geltenden Krankentransport-Richtlinie für 1.994 Patienten qualifizierte Krankentransporte genehmigt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein weiterer Rückgang um 273 Fahrten oder 12 %. Vor allem für die Prognose einer bedarfsorientierten Vorhaltung an Personal und der entsprechenden Technik ergeben sich aus der Entwicklung erhebliche Risiken.

Mit der Einführung der Genehmigungspflicht für Krankentransporte ist ein deutlich erhöhter Abstimmungs- und Verwaltungsaufwand sowohl für die verordnenden Ärzte als auch für die Leitstelle und die Abrechnungsstelle des Rettungsdienstes verbunden.

Rettungsdienst als Leistungsreserve

Der Rettungsdienst fungiert auch weiterhin als Leistungsreserve für den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst. Die Grenzen zwischen dem hausärztlichen (kassenärztlichen) Versorgungssystem und Notfallrettung verwischen sich zunehmend zu Lasten des Rettungsdienstes. Im ländlichen Bereich wird diese Entwicklung durch strukturelle Probleme befördert. Teilweise werden auch durch Dritte vom Rettungsdienst ärztliche Leistungen abverlangt, für die kein Kostenersatz erlangt werden kann und zu einer zeitweiligen Schwächung der Kapazitäten in der Notfallrettung führen kann.

B. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Im Wirtschaftsjahr 2007 wurde weitestgehend der Neubau der Rettungswache Jüterbog abgeschlossen. Planmäßig wurden zur Finanzierung Mittel aus einem Kommunaldarlehen in Höhe von TEUR 600 und Eigenmittel in Höhe von TEUR 50 eingesetzt. Bis 31.12.2007 wurden Bauleistungen in einem Umfang von TEUR 677 vergütet. Bis zum ordnungsgemäßen Abschluss aller Maßnahmen im I. Quartal 2008 werden weitere finanzielle Mittel in Höhe von TEUR 40 aufgewendet werden müssen.

Im Rahmen von Ersatzinvestitionen wurden im Berichtszeitraum für TEUR 231 Fahrzeuge, medizinische Geräte und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen aus Eigenmitteln des Eigenbetriebes erworben. Die geplanten Maßnahmen konnten erst vollständig im Januar 2008 abgeschlossen werden.

Die geplante Fortführung der Erneuerung des Alarmierungsnetzes des Landkreises wird erst im Jahr 2008 abgeschlossen. Die hierfür im Vermögensplan bei der Leitstelle veranschlagten finanziellen Mittel in Höhe von TEUR 80 werden ebenfalls nicht ausreichen.

Die Investitionsmaßnahmen zur Modernisierung des Abrechnungssystems wurden zurückgestellt.

Dem Eigenbetrieb sind unverändert keine Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte zuzurechnen.

Im Zuge der Verringerung der Bilanzsumme des Eigenbetriebes zum Stichtag im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 838 bzw. 17 % auf TEUR 3.993 ist die Anlagenintensität durch die vorstehenden Investitionen von 35 % auf 53 % gestiegen. Gleichzeitig stieg trotz des Jahresverlustes die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebes im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozentpunkte auf 65 %.

Das Eigenkapital hat sich von TEUR 2.728 im Vorjahr wegen des Jahresverlustes von TEUR 174 auf TEUR 2.554 zum 31.12.2007 verringert.

Die Entwicklung der Rückstellungen im Einzelnen ist im Anhang (Anlage 3, Blatt 3) dargestellt.

Die Liquidität des Eigenbetriebes zum Stichtag ist wesentlich beeinflusst durch den Verbrauch des Kommunalkredites in Höhe von TEUR 600. Der Jahresabschluss weist eine stichtagsbezogene Liquidität 1. Grades in Höhe von 111 % (i. Vj.: 145 %) aus.

Die Kreditlinie bei der Kreissparkasse Teltow-Fläming wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen. Die Liquidität des Eigenbetriebes war im Berichtszeitraum jederzeit gesichert.

Die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr aus Leistungen des Rettungsdienstes betreffen:

Leistung	2007			Vorjahr 2006		
	Erlöse EUR	Einsätze*	abgerech. Kilometer**	Erlöse TEUR	Einsätze*	abgerech. Kilometer**
Rettungswagen	3.902.967,68 €	12.402	487.805	3.914,70 €	11.859	454.030
Krankentransportwagen	366.468,91 €	1.974	130.910	396,80 €	2.267	141.670
Notarzteinsatzfahrzeug	980.078,34 €	6.053	198.097	1.057,57 €	6.391	194.081
Notarztpauschale	672.317,47 €	6.055		731,35 €	6.391	
Brandabsicherung	10.920,30 €	36		11,90 €	37	
Gesamt	5.932.752,70	26.520	816.813	6.112,32	26.945	789.781

*Beim Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges entsteht sowohl die Gebühr für das Fahrzeug als auch die Notarztpauschale. Es kommt jedoch nicht zu einem gesonderten Einsatz. Bei der Brandabsicherung handelt es sich um Einsätze.

** gebührenwirksame Leistung

Der Wirtschaftsplan 2007 weist hingegen eine geplante Gesamtleistung von 27.836 Abrechnungsvorgängen und 838.700 Leistungskilometern aus.

Aufgrund der Entwicklung der Einsatzzahlen der Vorjahre ist die Werkleitung für das Geschäftsjahr 2007 von einem gleichbleibenden Niveau ausgegangen. Während die Einsatzzahlen des Rettungstransportwagens um 3,3 % über den Erwartungen lagen, hat sich die Anzahl der Notarzteinsätze um 5,3 % zum Vorjahr überplanmäßig verringert bzw. lag sogar 10,3 % unter der Kalkulation, die sich auf das Ergebnis 2005 stützte.

Im Bereich des Krankentransportes haben sich die Einsatzzahlen im Berichtszeitraum ebenfalls weiter verringert. Bei einer negativen Ergebnis-Plan-Abweichung und einem Rückgang der Einsätze zum Vorjahr um 12,9 % fiel der Umsatz in diesem Bereich um TEUR 16,3 gegenüber dem Plan geringer aus. Die Mehrererlöse bei den Rettungswagen konnten den Umsatzrückgang nur teilweise kompensieren.

In den Ausgaben sind beim Personalaufwand gegenüber dem Planansatz deutlich höhere Kosten, insbesondere bei der Leitstelle, entstanden.

Die Personalstatistik für das Jahr 2007 stellt sich im Jahresdurchschnitt wie folgt dar:

Betriebszweig	Mitarbeiter/ Stellen	Löhne und Gehälter in EUR	soziale Abgaben Aufwendungen für Altersversorgung in EUR	Gesamt- bezüge in EUR
Verwaltung	4	134.320,33	147.294,84	281.615,17
Leitstelle	13	515.231,46	38.302,35	553.533,81
Gesamt	17	649.551,79	185.597,19	835.148,98

Beim Materialaufwand lagen die Kosten hingegen um TEUR 116 unter dem Wirtschaftsplan. Dies wurde unter anderem durch eine weitere Reduktion bei den Personalkosten der Leistungserbringer im Bereich des fahrenden Personals erreicht.

Im sonstigen betrieblichen Aufwand haben notwendige Einzelwertberichtigungen zu Forderungen gegenüber insbesondere Selbstzahlern in einem Umfang von TEUR 27 um TEUR 29 höhere als geplante Ausgaben für den Fahrzeugeinsatz sowie höhere Wartungs- und Instandsetzungsaufwendungen von TEUR 23 das Ergebnis negativ beeinflusst.

Der Jahresverlust für das Geschäftsjahr 2007 errechnet sich unter Berücksichtigung von anwendbaren Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) wie folgt:

	TEUR
Jahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-776
Erträge aus Kostendeckungsausgleich 2005 nach § 6 KAG	<u>602</u>
Jahresergebnis 2007	-174

Der Kostendeckungsausgleich aus dem Jahresergebnis 2005 in Höhe von TEUR 602 wurde entsprechend § 10 Abs. 3 BbgRettG bei der Gebührenkalkulation 2007 als negativer Verrechnungsbetrag berücksichtigt. Er führte im Berichtszeitraum zum erfolgswirksamen Verbrauch von diesbezüglich gebildeten Rückstellungen.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung sowie Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind

Änderung des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes - Leitstelle

Bis zum 01.01.2009 soll gemäß § 10 Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (BbgBKG) vom 24. Mai 2004 und dem Erlass des Ministers des Innern vom Mai 2007 die Leitstelle des Landkreises mit der Leitstelle der Berufsfeuerwehr Brandenburg zusammengeführt werden.

Ab diesem Zeitpunkt könnte die Zuordnung der Leitstelle zum Eigenbetrieb gegenstandslos werden.

Der Landkreis wird aber anteilig die Kosten der Regionalleitstelle und den Aufwand für notwendige technische Anlagen (Funk und digitale Alarmierung) und sonstige laufende Kosten in seinem Gebiet zu tragen haben.

Die Einführungs- und laufenden Kosten, einschließlich für Übergangslösungen, des digitalen Funknetzes und damit der Kostenanteil für den Rettungsdienst sind angesichts des gegenwärtigen Arbeitsstandes mit einem nicht abschätzbaren Risiko behaftet.

Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes

Im 1. Halbjahr 2008 soll durch den Landtag Brandenburg ein neues Rettungsdienstgesetz verabschiedet werden. Mit diesem Gesetz wird u. a. die notärztliche Sicherstellung neu geregelt, die Hilfsfrist in der Notfallrettung gesetzlich auf 15 Minuten normiert und dem Rettungsdienst Maßnahmen bei einem Massenanfall von Verletzten überantwortet. Im Zusammenhang mit der Erreichung der Hilfsfrist sind strukturelle Maßnahmen - Einrichtung von weiteren Rettungswachen - zu erwarten.

Leistungsentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2008 rechnet die Werkleitung mit einer gleichbleibenden Ertragslage. Ein ausgeglichenes bzw. leicht positives Betriebsergebnis wird wesentlich durch die Leistungen in der Notfallrettung bewirkt. Die Leistungsentwicklung hat strukturelle Veränderungen zur Folge, die auf einen Leistungsanteil des qualifizierten Krankentransportes an der Gesamtleistung von unter 9 % abstellen.

Kostenentwicklung

In den nächsten Jahren wird durch die geänderten Grundlagen der Vergütung (Tarifverträge) bei den Leistungserbringern eine Reduktion ggf. Stagnation der Personalkosten erwartet, diese wird aber über die künftige Entwicklung der Kosten für die Bereitstellung von Notärzten durch Krankenhäuser wieder kompensiert werden.

Bei den Sachausgaben wird es zu einer deutlichen Kostensteigerung kommen. Soweit die finanziellen Folgen der Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes nicht vollständig gebührenansatzfähig sind oder durch den Landkreis erstattet werden, führen sie zu einer erheblichen finanziellen Belastung.

Investitionen

Für das Geschäftsjahr 2008 sind Erneuerungs-/Erhaltungsinvestitionen von insgesamt TEUR 510 geplant. Davon TEUR 225 für Rettungsfahrzeuge, TEUR 115 für Medizintechnik und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 70. Im Zusammenhang mit der Regionalisierung der Aufgaben der Leitstelle sind Ausgaben von TEUR 100 geplant.

Sonstiges

Die Werkleitung hat für das Geschäftsjahr 2008 aufgrund des Ergebnisses 2006 eine Überarbeitung der gültigen Gebührensatzung vorgenommen. Für das Geschäftsjahr 2008 rechnet die Werkleitung mit einem dem Wirtschaftsplan entsprechenden Jahresergebnis, das aber den Jahresverlust 2007 nicht kompensieren wird.

Aufgrund der neuen Bestimmungen im Rettungsdienstgesetz zur Gebührenansatzfähigkeit von Kosten wird mehr Sicherheit bei der Kalkulation von Gebührensätzen erwartet. Da (gegenwärtig) keine Kostenüberdeckungen die Kalkulation beeinflussen, widerspiegelt sich in der Höhe von Gebührensätzen der entsprechende Kostenanteil.

Normenkontrollantrag zur Gebührensatzung Rettungsdienst 2003

Auf den durch das Oberverwaltungsgericht Brandenburg – Berlin (OVG) zugelassenen Normenkontrollantrag vom 22. Februar 2005 der AOK für das Land Brandenburg zur Gebührensatzung Rettungsdienst 2003 wurde durch die anwaltliche Vertretung der Kanzlei Prof. Dombert aus Potsdam mit fachlichem Beistand erwidert.

Neben der Frage des Leistungsbegriffs nach dem Rettungsdienstgesetz ist sich mit der Kostenverteilung bei der Leitstelle und der Anwendung von Buchführungsvorschriften auf den Rettungsdienst auseinanderzusetzen. Eine erste gerichtliche Stellungnahme wird im Verlauf des Jahres 2008 erwartet.

Nachträgliche Auswirkungen des Normenkontrollverfahrens zur Gebührensatzung 2003 auf die Gebührensatzungen 2004 und möglicherweise 2005 können nicht ausgeschlossen werden.

Unter Berücksichtigung der monatlich im Voraus an die Leistungserbringer zu zahlenden Abschläge ist im Falle des Erfolges des Normenkontrollverfahrens mit einer ernsten Schwächung der Liquidität des Eigenbetriebes zu rechnen.

Sonstige Risiken

Bei den zum Stichtag gegenüber Selbstzahlern und Krankenkassen bestehenden Forderungen aus Leistungen besteht ein Gebührenaussfallwagnis. Aufgrund gerichtlicher Entscheidungen könnten diese dauerhaft zu Lasten des Eigenbetriebes gehen, wenn deren Gebührenrelevanz seitens der Kostenträger nicht anerkannt wird.

Luckenwalde, den 27. März 2008

Günther Dübe
Werkleiter, Rettungsdienst
Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming